

Erscheinung

täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis

vierteljährlich 3 Mk. frei ins Haus gebracht; durch die Post bezogen mit Bestellgeld 3 Mk. 17 Pf.

Wochenkarten 25 Pf.
Einzelnnummer 5 Pf., ältere 10 Pf.

Kreiszeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

Anzeigenpreis

die vierteljährliche Garmondzeile oder deren Raum 20 Pf.; im Nachrichtenteil die Zeile 35 Pf. — Nach laß bei öfteren Wiederholungen. — Laufende Wohnungsanzeigen nach Uebereinkunft.

Geschäftsstelle

Poststraße 73, Fernruf 414
Postfach 100 Nr. 11769
Frankfurt a. M.

Die Ehre

Blank das Schild, unbeleuchtet der gute Name, recht und rein unser Handeln, das ist die Gesundheit unseres Daseins, die Ehre, von der wir leben. Nichts dürfen wir ihr vergeben, sie muß uns als unantastbar gelten. Noch höher aber steht des Volkes Ehre. In ihr hüten wir das Erbe der ganzen Nation, die Riesearbeit von Tausenden von Geschlechtern. Empfindlich zart wie eine Blume und doch zugleich unerbittlich froh gegen jeden der sie verleben will. „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig leiht an ihre Ehre!“ Ein Dichterwort, doppelt beherzigenswert in Zeiten der schwersten Not, wo jeder beweisen muß, daß er der Ehre seines Volkes würdig ist.

Die englische Faust über Holland.

Neue und alte Zwistigkeiten.

D. A. K. Daß die Niederlande sich vor den Drohungen der von Großbritannien geführten deutschfeindlichen Koalition beugen will, ist nach den Erklärungen des holländischen Ministers von D. nicht mehr zu bezweifeln. Holland ist eben jetzt und Großbritannien einstweilen noch groß — das ist das ganze Geheimnis der Bergewaltigung. Immer waren die gegenseitigen Verhältnisse nicht so. Es gab Zeiten, in denen die Niederlande ganz andere Töne anschlugen, wenn sie britischer Annäherung begegneten. Das zeigt ein Blick in die Geschichte.

So brach der erste Krieg zwischen den Niederlanden und England 1652 aus. Er hatte keinen andern Grund, als daß England, damals Republik unter dem Protektor Cromwell, von den Holländern eine Verschmelzung der beiden Republiken verlangte, d. h. England wollte die Niederlande einfach annektieren! Die Sache war so neu, daß man in Holland die englischen Gesandten zuerst überhaupt nicht verstand. Der holländische Admiral Tromp lieferte sofort den Engländern ein Gefecht bei Dover. Oberbefehlshaber war der Witt. Im Jahre 1653 gab es eine dreitägige Seeschlacht mit unentschiedenem Ausgang, später wurden die Holländer bei Scheveningen geschlagen, Tromp verwundet. Die Engländer legten sich ihrer Natur nach nun auf den Kapertkrieg. Mehr als 1600 holländische Schiffe wurden weggenommen, nichts konnte durch den Kanal nach holländischen Häfen gehen, der Walfischfang ruhte, sogar der Ostseehandel hatte schwere Verluste. Der Handel verfiel, in Amsterdam standen 3000 Häuser leer. Holland sah sich nach Bundesgenossen um, da zeigte sich Cromwell zum Frieden geneigt. Die Gefahr muß auch für England groß gewesen sein, denn Cromwell ließ alle früheren scharfen Bedingungen fallen. Die Holländer drohten mehrfach mit der Wiederaufnahme des Krieges. Die niederländisch-ostindische Gesellschaft mußte allerdings an die englische 80 000 Pfund Sterling zahlen.

Handelsneid war die Ursache des zweiten englischen Krieges. Die englischen Kaufleute sahen mit Reiz, daß die Holländer es ihnen auf allen Märkten Europas vorzuziehen. Mitten im Frieden überfiel der englische Admiral Holmes niederländische Befestigungen am Senegal, segelte dann westwärts und nahm Neu-Amsterdam weg, das heutige New-York. Sofort griff der Holländer der Ruyter zu Repressalien, und die Engländer hielten sich wieder an getaperten holländischen Kauffahrern schadlos. Im Jahre 1665 wurde der Krieg erklärt. In England regierte damals Karl II. Die ersten Unternehmungen waren den Holländern ungünstig. Ludwig XIV. stand dem Namen nach auf holländischer Seite, tat aber nichts. In einer viertägigen Schlacht im Juni 1666 wurde die englische Flotte gänzlich geschlagen, die Ruyter beherrschte das Meer. Nun leiteten die Engländer 1667 Verhandlungen zu Breda ein, aber ihrer heimtückischen Gewohnheit nach machten sie allerlei Schwierigkeiten. Da bedienten sich die Holländer in sehr wirksamer Weise des Umstandes, daß zur See noch kein Waffenstillstand geschlossen war. Am 6. Juni segelte die Ruyter über die See und drang in die Themsemündung ein. Die Holländer nahmen und schleiften Schiffe, fuhren dann in die Medway, eine über den Fluß gespannte Kette wurde gesprengt, fünf große englische Kriegsschiffe wurden bei Chatham genommen, zum Teil verbrannt, dann fuhr man den Fluß noch weiter hinauf bis Rochester und vernichtete auch die dortige englische Flotte, bei Schloß Up-nore wurden noch drei große Kriegsschiffe verbrannt, jedes von 80 Kanonen. Die Holländer, die nur 50 Tote und 100 Verwundete hatten, wagten sich nun nicht weiter hinauf,

weil sie auf Untiefen zu stoßen fürchteten. In London flüchteten schon die Einwohner. Der Ruyter hielt die Themse blockiert, London litt schon Mangel an Kohlen, man suchte nach Torf in der Umgegend. Nachdem die Holländer nach Portsmouth, Plymouth, Harwich und zum zweiten Male die Themse bedroht und nirgends Widerstand gefunden hatten, fuhren sie siegreich heimwärts. Hätten die verbündeten Franzosen jetzt ihre Schuldigkeit getan, hätte sich England auf sehr erniedrigende Bedingungen einlassen müssen. So aber wurde der Friede lediglich ein „Verständigungsfriede“, die Engländer behielten Neu-Amsterdam, traten dafür eine Insel in der Sundsee und Bestindien ab usw.

Der Friede wurde 1654 geschlossen. In dem Vierteljahrtausend seitdem hat sich viel geändert! R. M.

Das Ultimatum.

Eine neue Rede des Ministers von D.

Haag, 20. März. Der Minister des Äußern hielt heute in der niederländischen Zweiten Kammer eine bemerkenswerte Rede, in der er die Entrüstung und den Zorn, den das Vorgehen der Entente allgemein unter den Mitgliedern der Zweiten Kammer und im Publikum hervorgerufen hatte, mit Genugtuung und mit Stolz verzeichnete. Der Minister legte dar, daß er durch den Zwang dazu gebracht worden war, sich der Entente zu unterwerfen. Zu Beginn hatte die Regierung die Absicht, die Entente-Bedingungen zurückzuweisen. Die Regierung mußte jedoch an die Volksernährung denken, und als von deutscher Seite aus eine entschieden ablehnende Antwort gegeben wurde auf die Frage, ob Deutschland Getreide liefern könne, gab dies den Ausschlag. Der Minister bedauerte ausdrücklich, daß er es vermocht habe, sich mit der Kammer oder mit den Parteiführern, bevor er seine Entscheidung getroffen hatte, ins Einvernehmen zu setzen. Er versprach, dies in der Zukunft tun zu wollen. Die Unterhandlungen mit Deutschland seien noch immer im Gange, und der Minister bestätigte, daß Deutschland stets Entgegenkommen gezeigt habe. Der Minister vertraute darauf, daß die freie Fahrtrinne für die Schiffe, die Lebensmittel bringen, von deutscher Seite freigegeben würde. Er sprach nochmals laut vor dem Lande aus, daß die niederländische Regierung keinen Augenblick daran denkt, ihren neutralen Standpunkt aufzugeben und daß die Regierung keinen Schritt weiter gehen wird, als sie zu erkennen gegeben habe.

Hiermit erklärte der Minister also nochmals, daß die niederländische Regierung nicht zugeben wird, daß die niederländischen Schiffe bewaffnet oder zu Munitionstransporten verwendet werden. Die Rede des Ministers machte bei den Kammermitgliedern einen guten Eindruck und brachte einen Teil der Entrüstung zum Schweigen, die gegen die Regierung gestiegen in so lebhafter Form laut geworden war. Die Entrüstung jedoch gegen die Entente und besonders gegen Amerika und gegen England bleibt in unveränderter Form weiter fortbestehen. („Frankf. Ztg.“)

Schweden und die Entente.

London, 21. März. (W. B.) Das Reutersche Bureau erzählt, daß zuversichtlich zu hoffen sei, daß zwischen den Alliierten und Schweden in naher Zukunft ein allgemeines Abkommen werde geschlossen werden. Im Zusammenhang damit würden Vereinbarungen getroffen werden, Schweden endgültig Erleichterungen für die Erlangung von 100 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Mais und 50 000 Tonnen Hafer zu sichern. Die Weizenverschiffungen würden im April und Mai vor sich gehen, die von Mais und Hafer später. Es versteht sich, daß dies nicht die Gesamtmenge der von den Alliierten gelieferten Vorräte sei und daß Schweden weiter Vorräte an Lebensmitteln nach einiger Zeit werde erwerben können. Sofort nach Abschluß des Abkommens würden diese Vereinbarungen in Kraft treten.

Der Krieg.

Feuerkämpfe bei Verdun.

Großes Hauptquartier, 20. März. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Zwischen der Küste und dem La Bassee-Kanal dauerte die rege Erkundungstätigkeit fort. Das in diesen Abschnitten am Morgen ablaufende Artilleriefeuer nahm am Nachmittag wieder an Stärke zu. An der übrigen Front lebte die Gefechtsaktivität nur in den Abendstunden südwestlich von Cambrai, zwischen Dife und Ailette, nördlich von Berry-an-Bac und an einzelnen Stellen der Champagne auf.

Heeresgruppe Gallwitz und Herzog Albrecht.

Der Feuerkampf bei Verdun ging heftig weiter. Die beiderseitigen Artillerien bekämpften sich vielfach mit

größeren Munitionseinsatz. Nordöstlich von Bures brachte ein Angriffsunternehmen Gefangene und Maschinengewehre ein. Starke Tätigkeit entwickelte der Feind im Parroy-Walde. Das vom frühen Morgen an gesteigerte Feuer hielt fast ohne Unterbrechung bis zur Dunkelheit an. Auch in den Abschnitten von Blamont und Badonvillers war die französische Artillerie rege.

Osten.

In der Ukraine haben württembergische zur Säuberung der von Olviopol nach Nordosten führenden Bahn vorgehende Truppen bei Kowo-Strainla stärkere Banden im Kampfe vertrieben.

Der vertragsgemäß am 19. 3. abgelaufene Waffenstillstand mit Rumänien wurde bis zum 22. 3. mitternachts verlängert.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

Deutscher Reichstag.

Überwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe.

B. Berlin, 20. März. (Priv. Telegr.) Nach der fast debattelosen Genehmigung der Änderung des Postschekgesetzes, folgte der Bericht des Ausschusses betreffend die

Überwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe.

Der Abgeordnete Viesing (Fortshr.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission, die den Fall Daimler zum Gegenstande hatte, und empfiehlt die Annahme folgender Resolution:

1. den Reichstanzler zu ersuchen, alsbald für Erlass einer Bundesratsverordnung zu sorgen, wonach der Reichstanzler ermächtigt wird, in sämtlichen für den Heeresbedarf arbeitenden Betrieben, die Geschäftsbücher und andere für die Berechnung der Preise maßgebenden Unterlagen überwachen zu lassen;

2. den Reichstanzler zu ersuchen, alsbald bei sämtlichen zentralen Beschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine Preisprüfungsstellen einzurichten;

3. den Reichstanzler zu ersuchen, eine zentrale Prüfungsstelle der Kriegslieferungen zu schaffen, deren Aufgabe es ist, die Tätigkeit aller einzelnen Prüfungsstellen zu überwachen.

General v. Briesberg nahm hierauf zu folgender Darstellung das Wort.

Die Veranlassung zu den vorliegenden Anträgen, so führte er aus, hat die Daimlerangelegenheit gegeben. Was die strafrechtliche Seite der Angelegenheit angeht, so ist seitens der Staatsanwaltschaft in Stuttgart das Strafverfahren wegen versuchten Betrugs und Kriegswuchers eingeleitet worden, und das Schreiben der Firma, in dem die Heeresverwaltung eine Drohung mit Betriebseinschränkung sah, ist durch die genannte Staatsanwaltschaft dem Oberreichsanwalt zugeleitet zur Prüfung, ob darin etwa versuchter Landesverrat zu erblicken ist. Die Heeresverwaltung muß es sich verlagern, über die strafrechtliche Seite der Sache zu urteilen, solange das Verfahren schwebt. Hinsichtlich der

Erklärung der Daimlergesellschaft

vom 11. März habe ich folgende Erklärung abgegeben: Wenn dort die Drohung mit einer Einstellung des Betriebs in Abrede gestellt wird, so wehrt man sich gegen eine Anklage, die gar nicht erhoben worden ist. Der Wortlaut des eingereichten Schreibens läßt gar keinen Zweifel darüber, daß es sich um ein Ultimatum handelt, das Einschränkungen des Betriebes androht, falls die geforderte Preisrevidierung nicht „in aller Kürze“ eintrete. Es ist stets anerkannt worden, daß die Daimlerwerke hohe Qualitätsarbeit liefern, was wohl weniger der kaufmännischen Leitung als der technischen Leitung und der Arbeiterschaft zu danken ist. Gerade wegen der hohen Leistung des Wertes lag es im Interesse der öffentlichen Sicherheit, einer Beschränkung der Produktion vorzubeugen. So wurde dieses Schreiben, in dem gleichzeitig und endgültig die seit längerer Zeit immer wiederholte Forderung der Heeresverwaltung, detaillierte Kalkulationen vorzulegen, abgelehnt wurde, der äußere Anlaß, auf Grund des § 9 b des Belagerungszustandsgesetzes einzuschreiten. Wenn die Firma nun weiter — wie sie erklärt — einige Tage später ihre Drohung „ausdrücklich“ zurückgenommen hat so war diese Zurücknahme doch nur erfolgt unter dem Druck der Bestimmung des Belagerungszustandsgesetzes, um die Militarisierung abzuwenden. Die trotzdem bald darauf verfügte Militarisierung erfolgte nicht lediglich auf die in zwischen bekannt gewordenen Angaben eines ehemaligen Beamten der Firma, sondern auf Grund der ganzen Vor-

gänge in Verbindung mit dieser Anzeige, da nunmehr die bisherige, Verweigerung der Kalkulationsgrundlagen — bei der Höhe der von der Gesellschaft erzielten Gewinne — umso schwerwiegender war. Es trifft also auch nicht zu, daß der Unter- und Hauptauschuß des Reichstags bei ihrem Vorgehen sich auf die Angaben eines ehemaligen Beamten allein gestützt hätten. Die Daimlergesellschaft wendet sich ferner gegen die in den Zeitungen wiedergegebenen Ansicht der Heeresverwaltung, Daimler habe 50 Prozent Preiserhöhung gefordert. Die Firma behauptet nur 10 Prozent gefordert zu haben. Das war allerdings ihre letzte Forderung. Es wurde aber übersehen, daß der Kommissar der Heeresverwaltung im Hauptauschuß nicht von 50 Prozent auf die letzten Preise sprach, sondern von etwa 50 Prozent auf die zu Beginn des Krieges tatsächlich gezahlten Friedenspreise. Der Irrtum erklärt sich aus der zum Teil unvollständigen Übergabe in der Presse. Die geforderte Preiserhöhung betrug im ganzen gegenüber dem genannten Friedenspreise auf Motoren etwa 41, auf Ersatzteilen etwa 70 Prozent, jedoch im Durchschnitt ein Aufschlag von etwa 50 Prozent vorhanden war. Das nur zur Richtigstellung. Im übrigen erhalten Konkurrenzwerke zum Teil, wie mehrfach zum Ausdruck gebracht ist, um 50 Prozent höhere Preise als Daimler jetzt bezahlt erhält. Die Ablehnung der Preiszuschläge durch die Heeresverwaltung erfolgte aber auch nicht deshalb, weil das Fabrikat im Verhältnis zu anderen Erzeugnissen unter Umständen nicht auch einen höheren Preis wert gewesen wäre, sondern weil die Firma infolge ihres ungeheuren Umsatzes auch bei ihren billigen Preisen offenbar einen übermäßigen Gewinn zu erzielen vermochte, und weil die Verweigerung der Kalkulationsunterlage der betreffenden Preisprüfungsstelle der Heeresverwaltung es unmöglich machte, pflichtgemäß die Angemessenheit der Preise zu beurteilen. Soweit die Rechtfertigung der Gesellschaft. Ein weiteres Eingehen hält die Heeresverwaltung zur Zeit nicht für zweckmäßig.

Man hat der

Heeresverwaltung vorgeworfen, nicht früh genug zugegriffen

zu haben. Die Heeresverwaltung jedoch hatte erst Veranlassung und Recht zum Eingreifen, als die kriegswichtigen Lieferungen der Firma in Frage gestellt wurden. Die Preise gaben einen ausreichenden Grund zum Einschreiten nicht, da sie nach Berechnung der Preisprüfungsstelle — soweit eine solche Berechnung nach den Unterlagen möglich war — nicht zu hoch waren. Im Hauptauschuß und früher in der Rüstungskommission sind nähere Angaben über die Preise gemacht worden. Ob sie tatsächlich nicht zu hoch waren, kann jetzt die eingeleitete Untersuchung ergeben. Die Heeresverwaltung bittet dringend, deren Ergebnis abzuwarten, bevor hierüber ein Urteil gefällt wird. Die hohen Gewinne der Gesellschaft können auch aus ihren sonstigen Geschäften herrühren. Es ist ferner die Frage aufgeworfen worden, warum die Heeresverwaltung, um sich Einsicht in die Bücher zu verschaffen, keinen Gebrauch gemacht hat von der Bundesratsverordnung über Auskunftserteilung vom 14. Juli 1917. Die betreffenden Stellen standen jedoch mit Rücksicht auf die Entstehungsgeschichte dieser Verordnung auf dem Standpunkte, daß diese sie dazu nicht ermächtigt, mit Rücksicht auf künftige Bestellungen die Bücher einer Firma nachzuprüfen. Wie sich jetzt gezeigt hat, läßt sich indessen auch eine andere Auffassung vertreten. Die Heeresverwaltung trägt deshalb auch kein Bedenken, in Zukunft in gegebenem Falle diese Bundesratsverordnungen auf Fälle wie den vorliegenden anzuwenden. Letzten Endes hätte aber über die Richtigkeit der einen oder der anderen Auffassung der Richter zu entscheiden. Auch die Anwendung des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand konnte für die Heeresverwaltung erst in Frage kommen, als nach dem Verhalten der Firma anzunehmen war, daß ein Vorgehen gegen sie im Interesse der öffentlichen Sicherheit liege. Demgemäß griff die Heeresverwaltung ein, als die Leistungsfähigkeit der Firma herunterzugehen drohte. Sie übergab die Anzeige des entlassenen Beamten der Staatsanwaltschaft, leitete das Schreiben der Firma vom 12. Februar d. J. dem Oberreichsanwalt zu und stellte den Betrieb unter militärische Aufsicht. Die Heeresverwaltung hat getan, was im Interesse der öffentlichen Sicherheit nötig war. Sie hat nichts zu vertuschen und will nichts vertuschen. Klarheit muß in allen Punkten geschaffen werden und wird geschaffen. Man lasse aber den Richter sprechen und greife ihm nicht vor.

Abg. Erzberger (Ztr.) ließ bei schärfster Kritik keinen Zweifel daran, daß der Reichstag den Fall Daimler nicht zum Schaden der ganzen Rüstungsindustrie verallgemeinere und auch der Abg. Roste (Soz.) stimmt dem zu, trotzdem er einen „Riesenumfang“ der gehäuften Kriegsgewinne argwöhnt. Zwischen durch sprach der Leiter des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamtes General von Coupette, Worte der Rechtfertigung für seinen Verwaltungsbereich und später steuerte Abg. Gothein (Fortfchr. B. P.) beachtenswerte, vorsichtig abwägende Beiträge zu dem Kapitel von den unberechtigten Gewinnen bei. Der Leiter des Kriegsamtes, General Scheuch, gab noch einige Erklärungen und betonte, daß das Kriegsministerium mit dem Reichstag einig sei in der Belämpfung der zutage getretenen Schäden. Dann vertagte sich der Reichstag auf Freitag.

Unlere Sparkassen und der Krieg.

V. A. Zu den erfreulichsten Überraschungen, die uns das deutsche Wirtschaftsleben während des Krieges gebracht hat, gehört die Haltung der Sparkassen wie der Sparer selbst. Zwar gab es vorerst eine böse Woche, die manchem Sorge machte. Am den 25. Juli 1914 herum, also vor der Mobilmachung, begann ein Ansturm auf die Sparkassen in fast allen Städten. Über zwei Millionen Sparer hatten 200 bis 300 Millionen Mark jährlings abgehoben, wodurch freilich auch nicht eine einzige der Sparkassen in Schwierigkeiten geriet. Indessen schon am 1. August setzte eine auf-

fallende Gegenbewegung ein, — ein Ansturm von Sparern, die nun ihr Geld zur Sparkasse hintrugen. Und zwar waren dies überwiegend Leute, die vorher keine Beziehungen zur Sparkasse gehabt hatten: Ein schönes Zeichen für das allgemeine Vertrauen zu Deutschlands Glückstern im Kriege.

So ist es seitdem geblieben. Von Tag zu Tag steigen die regelmäßigen Zugänge. Während in den letzten Friedensjahren der Ueberschuß der Einzahlungen über die Rückzahlungen für das Jahr 300 bis 500 Millionen Mark betrug, wozu am Jahresfluß 600 bis 700 Millionen Mark an gutgeschriebenen Zinsen traten, brachten im Kriege schon die einzelnen Monate Hunderte von Millionen Zuwachs. Der Januar 1917 wies allein einen Zuwachs von 600 Millionen Mark auf, und es folgte eine Zeit, glänzender als je zuvor. Den Höhepunkt erlebten wir bei der siebenten Kriegsanleihe. Auch die kommende achte wird sicherlich kein kleines Sparer-Geschlecht finden.

Insgesamt ist der Ueberschuß der Einzahlungen über die Rückzahlungen während des Krieges auf 14 bis 15 Milliarden zu schätzen. Davon werden etwa 11 Milliarden durch die gewaltige Beteiligung der Sparer an den Kriegsanleihen wieder abgefließen sein, so daß die Einlagen der Sparkassen jetzt noch 3 bis 4 Milliarden Mark mehr betragen als vor dem Kriege. Über diese Sparer-Zuweisungen hinaus konnten die Sparkassen gegen 6 Milliarden Mark Kriegsanleihe auf eigene Rechnung zeichnen. Um so höher ist, wie Landesbankrat a. D. H. Reusch, der Berliner Sparkassendirektor, in seiner Abhandlung über das Sparkassenwesen im Kriege in der „Norddeutschen Allgemeine Zeitung“ hervorhebt, dieses allgemeine, unerschütterliche Vertrauen in die deutschen Sparkassen zu bewerten, als diese während des Krieges so gut wie nichts getan haben, um die Kapitalien an sich zu ziehen. Erhöhungen des Zinsfußes für Spareinlagen sind kaum vorgekommen.

Den überwiegenden Anteil an der Vermehrung der Spareinlagen nehmen die eigentlichen Ersparnisse ein. Wenn auch die Kosten der Lebenshaltung erheblich gestiegen sind, so haben sich doch die weitesten Kreise auf anderen Gebieten große Einschränkungen auferlegt. Das zeigt sich schon in dem starken Rückgang der Abhebungen. Und dann sind auch durch die Steigerung der Löhne und Erträge weite Kreise in die Lage gekommen, zu sparen. Der Zugang neuer Sparer ist sehr viel größer als zu Friedenszeiten. Der Durchschnittsbetrag eines Sparguthabens ist jetzt niedriger als in Friedenszeiten. Diese wichtige Bewegung wird aber auch mit dem Kriege nicht zu Ende gehen, sondern in ähnlicher Weise fortauern, so lange die hohen Löhne anhalten und die Preise so hoch bleiben, daß man fortfährt, sich Einschränkungen aufzulegen und mit Anschaffungen zu warten, bis die Verhältnisse günstiger werden. Auch dann noch werden die Ersparnisse nicht wieder abgehoben werden. Denn eine alte Erfahrung lehrt, daß die Sparer mit großer Zähigkeit an ihren Spareinlagen festhalten. So dürfen denn die Sparkassen mit voller Zuversicht auch der Friedenszeit entgegen sehen. Der im Kriege genährte Spargedanke wird weiter wirken bei Millionen neu gewonnener Sparer. Man kann jetzt schon sagen, daß viel mehr als eine Milliarde Mark — so viel war vor dem Kriege an jährlichem Zuwachs zu verzeichnen — ständig mehr im Jahre zuwachsen wird, wenn wir den neuen starken Frieden wieder haben werden.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 21. März 1918.

* Gut verloren unverdorben. Mut verloren bald verdorben. Ehre verloren gar verdorben, sagt ein alter Reimpruch aus dem 16. Jahrhundert, der auch heute noch seine Berechtigung hat, und gerade jetzt in dieser Zeit mehr denn je. Was von der Ehre des einzelnen Menschen gilt, gilt auch von der Gesamtheit eines Volkes, gilt von dem ganzen Volke selbst. Wehe dem Volke, das seine Ehre verloren hat, weil es nicht sein Ansehen tat zu seiner Selbsterhaltung, das in der Zeit der schwersten Prüfung versagte. Die Ehre hat ihre tiefste Wurzel in der Selbsterhaltung. Ein Volk das seine Ehre verloren hat, hat sich selbst aufgegeben. Ehre verloren, alles verloren. Der Staatsbürger, der nicht seine Pflichten gegen den Staat erfüllt, gefährdet die Ehre seines Volkes, und das umso mehr in einer Zeit, die von jedem einzelnen größte Pflichterfüllung verlangt. Ehlos der, der seinem in Kriegsnot befindlichen Staat die Mittel zur Verteidigung seiner Ehre, seiner Selbsterhaltung vorenthält, ehlos der, der Kriegsanleihe zeichnen könnte und es nicht tut.

* Auf die 8. Kriegsanleihe wird die Nassauische Landesbank in Wiesbaden wie bei früheren Anleihen 30 Millionen Mark zeichnen und zwar 5 Millionen für sich, 20 Millionen für die Nassauische Sparkasse und ihre Sparer und 5 Millionen Mark für den Bezirksverband und seine Institute. Das Zeichnungsergebnis für die 7 Kriegsanleihen betrug 321 Millionen Mark.

* Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde dem Eisenbahnsekretär bei der königlichen Eisenbahndirektion Frankfurt a. M., Christian Schüller verliehen.

* Der Schloßgarten (nicht auch das königliche Schloß) wird von heute an wieder für das Publikum geöffnet sein.

* Ruckhaushaus. (Vorbericht des Theaterbüros.) Heute abend ist als letzte Abonnementsvorstellung eine Aufführung der Operette „Der liebe Papi“. Am Samstag abend ist als letzte Operettenvorstellung dieser Spielzeit eine Wiederholung obengenannter Operette. — Sonntag abend kommt die Komödie „Die bessere Hälfte“. Schwanke in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach zur Wiedergabe, ein äußerst unterhaltender Schwanke. Die beiden Verfasser sind ja durch ihre Schöpfung „Die spanische Fliege“ bestens bekannt und haben auch wieder mit „Die bessere Hälfte“ einen glücklichen Griff gemacht.

* Waldbrände. Zu gleicher Zeit brachen im Petterweiler und im Köpperner Walde Brände aus, die an dem trockenen Gestrüppe gute Nahrung fanden und sich rasch ausbreiteten. Die in den Nachbarten beschäftigten Kriegsgefangenen dämmten den Brandherd ein, sodaß größerer Schaden nicht entstand.

* Die Ausbildung unserer Töchter. Die Folgen des Krieges veranlassen zahlreiche Eltern, den Bildungsweg ihrer Töchter rechtzeitig im Hinblick auf einen vielleicht nötig werdenden selbständigen Lebensberuf zu bestimmen. Die Berechtigung dieser Vorsorge macht es zur öffentlichen Pflicht, darauf hinzuweisen, daß manche Berufe wegen Ueberfüllung den Frauen schon jetzt oder doch in absehbarer Zukunft sichere Lebensaussichten nicht mehr eröffnen. Das kann mit Sicherheit von den gelehrten Berufen, insbesondere dem der Oberlehrerin und der Ärztin behauptet werden, wenn man feststellt, daß im laufenden Wintersemester allein in Preußen über 4000 Studentinnen deutscher Staatsangehörigkeit immatrikuliert sind. Die Zahl der nicht angestellten Anwärterinnen für den Lehramtsberuf überhaupt ist außerordentlich gestiegen. Aber auch die Oberlehren sind überfüllt und der Bedarf an Volksschullehrerinnen und wissenschaftlichen Lehrerinnen ist auf Jahre hinaus gedeckt. Ein sehr starker Andrang macht ferner zu dem mittleren Bibliotheksdienst geltend. Bessere Aussichten eröffnen sich den jungen Mädchen in vielerlei praktischen Berufen, zu denen die hauswirtschaftliche Ausbildung in den Frauenschulen die Befähigung gibt. Die Ausbildung in der Erziehung und Pflege des Kindes, die diese Anstalten gewähren, eröffnen ferner den Weg zur Kindergärtnerin, Hortnerin, Jugendleiterin und damit zur Betätigung in Pflege- und Erziehungsanstalten für Kinder. Auch die allgemeine Wohlfahrtspflege eröffnet den Frauen ein beständig sich erweiterndes Feld erspriechlicher Tätigkeit als Pflegerinnen und Fürsorgerinnen aller Art. Beamtinnen in der Armen- und Waisenspflege, Leiterinnen von Heimen u. a. Für alle diese Berufe bietet die Frauenschule in ihrer neuen Gestaltung den besten Übergang von der Schule zur sachlichen Ausbildung.

Hus Nah und Fern.

* Gonsenheim i. Taunus, 21. März. Die am Samstag hier stattgefundene Gemeindevorstandswahl ergab folgenden Resultat: 1. Abteilung: Kaufmann C. Cante, Gärtnermeister H. Roth. 2. Abteilung: Sandgrubenbesitzer G. Schäd, Direktor W. Häuhler. 3. Abteilung: Kaufmann W. Wagner.

* Frankfurt a. M., 20. März. (Verhaftung eines Kirchenräubers.) Dienstag nachmittag wurde der 48jährige Maler Matthias Schenerig bei der Verübung des Diebstahls der Elisabethkirche im Stadtteil Bornheim verhaftet. Er flüchtete, konnte aber nach einer wilden Jagd in einem Keller der Schloßstraße verhaftet werden. In seinem Besitz fand man mehr als 1200 Mark und in seiner Wohnung für mehrere hundert Mark Silber-, Kupfer- und Rotpapiergeld, letzteres von den Städten Würzburg, Wiesbaden, Hanau und Idstein. Das Geld stammt nach Ansicht der Polizei zweifellos aus Opferstohlsverbrechen in anderen Städten, da Schenerig „Spezialist“ für Kirchenverbrechen und deshalb schon oft vorbestraft ist. Um der diesmaligen Strafe zu entgehen, hat sich Schenerig in der vergangenen Nacht im Polizeigefängnis erhängt.

* Neu-Ulm, 20. März. Polizeibeamte fingen bei einer nächtlichen Waldstreife einen Wagen ab, der große Mengen Fleisch nach einer nahen Großstadt bringen wollte. Das Fleisch entstammte einer Geheimfleischerei in Spremlingen.

Vermischte Nachrichten.

* Gespräche nach einem Lustanfall. Vor den Trümmern eines Pariser Hauses, dessen drei oberste Stockwerke eingestürzt waren, sammelte sich am Morgen nach dem zweiten Lustanfall auf Paris eine große Menschenmenge, um den Schaden zu besehen und an das Geschehene allerlei Geschichten zu knüpfen. Man konnte da Gespräche wie die folgenden belauschen: „Wie ich dir sagte: vierter, fünfter, sechster Stock. Man darf eben nicht in den oberen Stockwerken bleiben.“ „Was mich betrifft, so bin ich Fatalist. Wo ich bin, bleibe ich. Ob man so oder so stirbt.“ — „Ich lag gerade im Bett. Ich habe nicht mal die Schieberel gehört.“ — „Na, so ruhig blieb ich nicht. Ich blieb zwar im Lehnstuhl sitzen, aber völlig angekleidet. Man kann ja schließlich genötigt sein, das Haus zu verlassen, und es ist dann doch mindestens unangenehm, ausgezogen zu sein und nackt herumzulaufen. Das wirkt immerhin ein bißchen komisch.“ — „Und außerdem holt man sich den Schnupfen.“ — „Am Fenster würde ich nicht bleiben. Ich setz mich in das mittlere Zimmer oder auf die Treppe.“ — „So? Und wenn das Ding in den Fahrstuhlschacht fällt?“ — „Ich sagte schon früher mal zu meiner Frau: Sollte ich einmal nicht zu Hause sein, wenn die Warnungssignale ertönen, so nimmst du die Kinder und gehst in den Untergrundbahnhof.“ — „Meine Alte würde nie in den Tunnel hinunterklettern, fällt ihr nicht ein, sagt sie.“ — „Liebes Kind ich glaube nicht, daß es irgend ein richtiges Vorbeugungsmittel gibt. Jeder tut, was er für am besten hält. Die Hauptsache ist, daß man sich überhaupt zu etwas entschließt, und daß man dann an dem Entschluß festhält.“ — „Sprich nicht solchen Quatsch!“

Tagesbericht der Obersten Heeresleitung. Die Artillerieeinschlacht im Westen

Großes Hauptquartier, 21. März. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Dismuiden und La Bassée blieb auch gestern die Erkundungstätigkeit reg. Der Artilleriekampf nahm am Abend bei aufklärendem Wetter an Stärke zu.

An der übrigen Front lebte die Gefechtsfähigkeit vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Südufer der Dije, nördlich von Reims und in der Champagne war das Artilleriefeld vielfach gesteigert.